



Roland Mierzwa

Kritik an Opfer-Diskursen

Neu nachdenken über Solidarität

Roland Mierzwa

Kritik an Opfer-Diskursen

Roland Mierzwa

Kritik an Opfer-Diskursen

Neu nachdenken über Solidarität

Tectum Verlag

Roland Mierzwa

Kritik an Opfer-Diskursen. Neu nachdenken über Solidarität

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021

ePDF 978-3-8288-7825-9

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN

978-3-8288-4727-9 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlaggestaltung: Tectum Verlag, unter Verwendung des Bildes

2001592280 von Lao Ma | www.shutterstock.de

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet

www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Vorüberlegungen: Der Opfer-Diskurs kontrovers

Das Opfer-Denken in Anschluss an das Gedenken des Holocaust ist, trotz der Singularität des besonderen Leidens der Juden, das machte die Literatur aus dem Bücherschrank meines Vaters deutlich, anders, neuer, weiter und kulturübergreifender zu denken. Hier wäre auf Yonan (1989) zur Vernichtung der christlichen Assyrer, auf Hofmann (1997) zur Geschichte der Armenier oder etwa auch auf Gutman (1994) und Rüb (1999) zum Jugoslawienkonflikt zu verweisen. Man darf nicht so an die Opfer des Holocaust erinnern und gedenken, dass man zahm wird den drohenden Genozid an den Uiguren nicht anzuprangern (vgl. Lenhard, 28./29.08.2021, 13). Die von meinem Vater aufgerissene Perspektive wird gewissermaßen (indirekt) gewürdigt durch das Buch von Knigge/Frei (2002/2005) „Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord“. Schließlich muss man auch die „Fallstricke“ eines nur am Holocaust bzw. der Shoa aufbauenden Opfer-Denkens schauen. So problematisiert Pascal Bruckner, dass die großen Ereignisse des Leids (Weltkriege, die Shoa, der Gulag, der Völkermord in Kambodscha [und man könnte auch Ruanda ergänzen]) die Sensibilität im letzten Jahrhundert auf bestimmte Tarife festgelegt hat. Auf aktuelle Informationen über Opfer mit ihren leidvollen Erfahrungen wird spontan eine Rechnung aufgemacht, bei der man die Gesamtzahl der Opfer mit vorangegangenen Hektakomben vergleicht, um dann zu entscheiden, ob die Opfer dieses Ereignisses zunächst einmal die Aufmerksamkeit verdienen (vgl. Bruckner, 1997, 274). Speziell in Bezug auf den Holocaust führt das dazu, dass es nach dem niederländischen Historiker Ian Buruma zu einer weltweiten „Olympiade des Leidens“ (FAZ vom 6.1.1999) kommt, „in der sich die unterschiedlichen Erinnerungskollektive um eine an das Holocaustgedenken angelehnte öffentliche Anerkennung bemühen“ (Fechler, 2005/2007, 457). Das wird auch an der Diskussion deutlich, wie man die Opfer des Kolonialismus gegenüber den Opfern des Holocaust angemessen würdigt (vgl. Dirk Moses in: DIE ZEIT 1.07.2021 und in: DIE ZEIT

15.07.2021, 50 sowie Schmidt in: DIE ZEIT, 22.7.2021, 47). Und es wird auch daran deutlich, wie man die Opfer von Rassismus angemessen in Erinnerung behält, trotz der besonderen Tragweite des Holocaust für geschichtliches Denken (vgl. Dirk Moses, 15.07.2021, 50). Und man muss das Problem sehen, dass durch die Übernahme einer aus der Erinnerung an den Holocaust ausformulierten Leidensphilosophie (der Opfer) man auch dahin geraten kann, dass anderes Leiden (anderer Opfer) danach in unzureichender Weise gewürdigt wird (siehe Palästinenser; s.a. Genozide, die infolge der Klimakrise wahrscheinlicher werden [vgl. J. Zimmerer, 22.04.2021, 26]). Das soll nicht in Abrede stellen, dass die Juden in besonderer Weise unter dem Naziregime Opfer waren, weil die Nationalsozialisten die „Endlösung“ verfolgten, die endgültige, absolute Auslöschung der Juden (vgl. Friedländer, 8.07.2021, 47). Die Erinnerungsarbeit sagt noch nichts über das tatsächliche Engagement einer Gesellschaft für die Opfer aus (vgl. Williams, 2021, 16). Die Erinnerungspraxis kann nur eine höchst symbolische Form der Solidarität mit Opfern sein. Die Erinnerung an den Holocaust und die Verbrechen des NS-Regimes kann (von Nationen) so erfolgen, dass sich Nationen kollektiv in der Opferrolle sehen. Das Problem dabei ist: „Wer sich kollektiv in der Opferrolle sieht, ist zum Beispiel kaum bereit, in dieses Narrativ auch Episoden eigener Verbrechen, der Kollaboration mit der faschistischen deutschen Besatzung und der Beteiligung am Judenmord zu integrieren. Im Gegenteil erweist sich die passive Opferidentität als eine komfortable moralische Position, weil sie sich als ein Abwehrschirm gegen jegliche Mitverantwortung an historischen und neuen Verbrechen einsetzen lässt. Nationen der Selbstviktimisierung sind bislang besonders unwillig und unfähig, eine ‚Politik der Reue‘ zu entwickeln, die eine empathische Beziehung zu den Opfern der eigenen Politik ermöglicht“ (A. Assmann, 2013/2020, 147f.). Wenn Opfernarrative als eine politische Selbstinszenierung daher kommen, dann gilt es genau hinzuschauen, welche Opfer im Erinnerungsrahmen einer Nation noch Platz haben, aus der öffentlichen Kommunikation ausgeschlossen werden und überhaupt die Chance auf gesellschaftliche Anerkennung haben.

Der Massenmord an den Sinti und Roma während dem Nationalsozialismus wird damit bezeichnet, dass es zu dem Porrajmos unter den Nationalsozialisten kam. Die Ursache ist, wie es einen Antisemitismus

gegenüber den Juden gab, ein Antiziganismus. Diesen Antiziganismus wird auch höchstwahrscheinlich Hitler besessen haben, wenn er in „mein Kampf“ zwar die Sinti und Roma nicht namentlich erwähnte, aber zu einer Reinigung des Volkskörpers von allen „fremdrassigen“ und „asozialen“ Elementen aufgerufen hatte. Wenn Hitler gegen „geborene Verbrecher“ argumentierte, dann spürt man, wer mitgemeint gewesen war (vgl. Wippermann, 2012, 26–28). Daneben ist zu erwähnen, dass Himmler bei der Bekämpfung des Zigeunerwesens eine „endgültige Lösung der Zigeunerfrage“ anstrebte (vgl. ders., 2012, 35). Die Nationalsozialisten führten einen „Rassenkrieg“ für einen zu errichtenden „Rassenstaat“. Dem fielen gleichermaßen Juden sowie Sinti und Roma zum Opfer (vgl. ders., 2012, 37). Dem Porrajmos wurde im deutschen Gedächtnis lange Zeit nicht richtig gedacht, so dass es zunächst nicht zur richtigen Anerkennung des besonderen Opferstatus der Sinti und Roma kam. Eine Ursache war, dass viel flächendeckender und verachtender ein Antiziganismus in Deutschland bestand, als ein Antisemitismus. Die Wiedergutmachung bei den Sinti und Roma gegenüber den Juden fiel daher geringer aus. Wolfgang Wippermann meint nun, dass es keine Ausgewähltheit der Opfer geben darf (vgl. ders., 2012, 12). Und es darf nicht angezweifelt werden, dass es sich beim Porrajmos „um einen intendierten und rassistisch motivierten Völkermord gehandelt hat“, der gewiss mit der Shoah zu vergleichen ist (ders., 2012, 47).

Wolfgang Kaleck (2021) kritisierte an der (Menschenrechts-)Arbeit von Amnesty International (AI), dass am Anfang der Arbeit von AI nur Gewissensgefangene als Opfer im Zentrum der Wahrnehmung standen. Herrschaftsstrukturen und Herrschaftssysteme, die zu den Opfern führten, wurden generell nicht in Frage gestellt. AI war am Anfang ihrer Aktivitäten weder gegen eine Politik oder eine Ideologie. Man konzentrierte sich allein auf die Symptome der Unterdrückung: Folter, politische Inhaftierung und die Verweigerung von Grundrechten (vgl. ders., 2021, 77). Die Opfer von Menschenrechtsverletzungen wurden individualisiert. Das Unrecht, das die Opfer erlitten wurde entkontextualisiert. Um den Anspruch der politischen Neutralität beizubehalten wurde vornehmlich mit Schilderungen von Einzelschicksalen und Fotos gearbeitet. Das Leiden des individuellen Opfers von Menschenrechtsverletzungen sollte aufrütteln. „Damit schuf man aber

das 'Bild einer ebenso ubiquitären wie anonymen, verselbständigenden, letztlich sogar unerklärlichen Gewalt' (Eckel). Strukturelle und systemische Ursachen wurden ausgeklammert. Man bemüht die Opferlogik des unschuldigen Gequälten, anstatt die systemischen und strukturellen Ursachen von Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen“ (ders., 2021, 79). Aus seinen Ausführungen kann man die vorsichtige Kritik herauslesen, dass westliche Menschenrechtsgruppen aufpassen müssen, dass die Thematisierung einer bestimmten Gruppe und Art von Opfern nicht dazu führen darf, dass es zu einem Habitus moralischer und zivilisatorischer Überlegenheit gegenüber dem Globalen Süden kommt. Auch kann die Auswahl bei der Wahrnehmung von Opfern paternalistisch sein, um eine bestimmte Agenda der westlichen Zivilgesellschaft zu befördern. Manche Akteure der Zivilgesellschaft, die sich um Menschenrechte kümmern, können Gefahr laufen, wirtschaftlich abhängig vom beständigen Problematisieren von Opfergruppen zu werden. Teile der Zivilgesellschaft können eventuell nur diese Opfer in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit rücken, damit es einen ökonomischen angemessenen Rücklauf für die jeweilige Menschenrechtsorganisation gibt. Opfer dürfen nicht nur deswegen immer wieder in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit gerückt werden, um sich als Retter/Retterin aus dem Globalen Norden in den Vordergrund zu rücken (vgl. hier bei: Kaleck, 2021, 83–86).

Mohamed Amjahid erkennt, dass „in Deutschland und vielen anderen europäischen Gesellschaften (...) die Selbstdarstellung als diskriminierte, verletzbar, gehasste und geschasste Gruppe zu einem Wettbewerb unter den Privilegierten geworden“ ist (2021, 32). Selbst Katholiken empfinden sich für ihn erstaunlicherweise als „die wahren Opfer des Systems“ (vgl. ders., 2021, 32) resp. als die „wahren Diskriminierten“, um dann zugleich darauf zu bestehen, dass nicht Jüdinnen*Juden, nicht Muslime*innen, nicht Sinti*ze und Rom*nja, nicht Menschen mit Behinderung etc. die wahren Opfer des Systems seien (vgl. ders., 2021, 32). Dieser sehr anstrengende Wettkampf, diese Opferolympiade, hat für ihn der weiße (heterosexuelle, gut verdienende, gesunde) Mann erfunden (vgl. ders., 2021, 33). Er wird deutlich beim Blick in Kolumnen, in Twitter-Accounts oder Talkshows. Dieser weiße Mann fühlt sich hier „von 'der politischen Korrektheit', vom 'Tugendterror' und von Minderheiten allgemein unterdrückt“ (ders., 2021, 33).

Diese weißen Männer setzen ihr „hartes Leben“ in den vergangenen Jahren immer öfter und hörbarer in Relation zu den vielen realeren Alltagsdiskriminierungen und Unterdrückungen mit dem Ziel, dass ihnen zugejubelt wird. Dafür inszenieren sie sich sehr extravagant als Opfer (vgl. ders., 2021, 35). „Privilegierte Weiße unternehmen darüber hinaus den Versuch, sich die reale Diskriminierung anderer Gruppen aus anderen Kontexten anzueignen oder sie so umzuinterpretieren, dass sie sich selbst als Betroffene präsentieren können“ (ders., 2021, 35). „Weiße Menschen“, die die Diskriminierung von christlichen Minderheiten in anderen Ländern thematisieren, wollen gar nicht gerne daran erinnert werden, dass der Kolonialherr vor nicht allzu langer Zeit mit Jesus kam und damit argumentierte (vgl. ders., 2021, 35f.). Die Opferolympiade macht in seinen Augen nur deswegen Sinn, weil die Privilegierten, die sich darauf einlassen „auf ein funkelndes Stück Solidarität abgesehen“ (ders., 2021, 39) haben: „Wer benachteiligt wird, hat die Solidarität der Gemeinschaft verdient, um diese historisch gewachsene Benachteiligung abzumildern oder sogar ein Stück abzubauen“ (ders., 2021, 39) – das ist die theoretische Annahme dieser „weißen Menschen“, so die Einschätzung von Mohamed Amjahid. Jener sieht eine verquere Lage: Da die Veganer, die eine Rassismuserfahrung machen meinen zu glauben (vgl. ders., 2021, 40f.), dem gegenüber Nichtweiße, jüdische Menschen, kopftuchtragende Muslimas oder Queers, die wegen ihrer Lebensrealität tatsächlich Schmerz erleiden, im Alltag Abweisungen und Degradierungen erleben und darüber hinaus nicht selbst öffentlich darüber sprechen dürfen, weil es Identitätspolitik sei. Und so stellt er ganz nüchtern fest: „In konservativen Medien ist IdPol-Kritik (Identitätspolitik R.M.) in den vergangenen Jahren zu einem eigenen Genre gewachsen“ (ders., 2021, 42). Die Diskussion zur „Deutschfeindlichkeit“ hat für ihn ein inszeniertes Moment. Aber er stellt auch klar, wenn eine junge weiße Gymnasiastin von 15 Türken gemobbt wurde, dass „Mobbing gar nicht geht. Egal gegen wen, egal von wem ausgehend“ (vgl. ders., 2021, 45; s.a. 47 wie das „Mobbing“ sich konkret dargestellt hatte). Und auch in der Community of Color sieht er eine ungute Opferolympiade, wo sich tatsächlich diskriminierte und strukturell benachteiligte Menschen an diesem Spiel beteiligen. Hier gibt es das Denkmuster, dass der eigene Struggle im Alltag und als Individuum in der Gesellschaft immer viel schlimmer sei vergli-

chen mit dem von anderen aus der Community of Color (vgl. ders., 2021, 57f.). Das Problem ist, durch diese Opferolympiade wird ein Keil durch die von Rassismus betroffene Population getrieben (vgl. ders., 2021, 58), um die eigene Diskriminierung zu überhöhen. Bei dieser Opferolympiade wird dann unausgesprochen oder indirekt von Personen aus der Community of Color gegenüber anderen Personen aus der Community of Color gesagt: „Dein Struggle ist weniger oder sogar nicht der Rede wert, lass uns lieber über meine Erfahrungen sprechen, die sind der *real shit*“ (ders., 2021, 59; Herv. i. Orig.). Damit wird sich in der Community of Color entsolidarisiert. Er sieht einen Grund in der Opferolympiade in der Community of Color darin, „weil sie (die People of Color R.M.) in der weißen Mehrheitsgesellschaft sehr oft auf Ablehnung stoßen, wenn sie ihre Geschichte erzählen“ (ders., 2021, 59). Die People of Color stehen vor dem Problem, dass ihnen von einem Großteil der Mehrheitsgesellschaft ihr Schmerz abgesprochen wird, sie ihr Leid immer und immer wieder erklären müssen und es so immer und immer wieder durchleben. So versuchen sie innerhalb einer Opferolympiade innerhalb der Community of Color ihren Struggle als schlimm und schlimmer einzuordnen (vgl. ders., 2021, 60). Das ist nicht gut, wenn es dabei dazu kommt, die schmerzvollen Erfahrungen anderer verletzbarer Gruppen einfach zu verharmlosen. Kann die Opferolympiade ein Ausdruck von einer Sehnsucht sein, DEUTSCH zu werden, so dass man anderen People of Color Dinge an den Kopf wirft, in der Hoffnung, von den Weißen beachtet zu werden? (vgl. ders., 2021, 63) So fällt ihm auf, dass in Deutschland bei der Black Lives-Matter-Bewegung nicht so leicht Fragen von Klassismus und von sozialem Status diskutiert wurden und dass in Deutschland einige Deutsche of Color reflexhaft betonen müssen, „dass sie es in Deutschland geschafft haben“ (ders., 2021, 65) (siehe nachfolgend die Ausführungen von Basad).

Sahra Wagenknecht sucht nach einem Opferverständnis, das Opfer nicht zuvorderst dort ausmacht, wo durch politisch nicht korrekte Sprache und „Mikroaggressionen“ jemand verletzt wurde (vgl. dies., 2021, 100f.). Für sie sind hingegen „echte Opfer“ diejenigen, „die unter Ausbeutung, Ausgrenzung und Unterdrückung leiden“ (dies., 2021, 101). Auch sind für sie jene Opfer, die vor Folter und Tod fliehen und dabei Leid, Angst und Entbehrungen auf sich nehmen. Aber Migran-

ten, die ein besseres Leben suchen, darf man nicht ohne weiteres Opfer nennen (vgl. dies., 2021, 142f.). Aber eigentlich muss man auch sehen, dass häufig die, die sich auf die Flucht begeben, nicht die sind, die am dringendsten Hilfe bräuchten, sondern die Mittellosen, die Kranken, die Alten sowie die Frauen und Kinder, die zurückbleiben (vgl. dies., 2021, 150). Und diese sind auch ein zweites Mal Opfer, weil es völlig unzureichende Hilfsmaßnahmen für die Ärmsten gibt (vgl. dies., 2021, 152). S. Wagenknecht misstraut einer „Opferrede“, wenn sie „von äußerst privilegierten Personen aufgrund ihrer Hautfarbe, Ethnie oder sexuellen Orientierung in Anspruch genommen“ wird (dies., 2021, 101). Sie ist skeptisch gegenüber einer „Opferrede“, wenn sie aus identitätspolitischen Absichten herausgeführt wird. Sie problematisiert, wenn Menschen „ihre Identität jeweils in irgendeiner Marotte finden, durch die sie sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden und aus der sie den Anspruch ableiten, ein Opfer zu sein“ (dies., 2021, 102). Für sie ist es wenig akzeptabel, wenn innerhalb des Rahmens der Identitätspolitik es eher ungeeignet ist, als Opfer zu gelten, wenn man aus sozial schwierigen Verhältnissen oder Armut kommt bzw. einen Job hat, der die Gesundheit ruiniert. Es bestehen für sie unakzeptable Opferbegriffe, wo sie Veganer für sich reklamieren, wenn sie gegen die Mehrheit der Fleischesser sich behaupten müssen. „Auch religiöse Überzeugungen, soweit sie im betreffenden Land nur von einer Minderheit geteilt werden, können einen zum *Opfer* und damit unangreifbar machen“ (dies., 2021, 102; Herv. i. Orig.). Und das Fatale an der Identitätspolitik und deren Opferrede ist es, dass es zum Tabu erhoben wird die selbst ernannten Opfergruppen zu kritisieren, weil sich die Anderen, die Mehrheitsmenschen nicht in das Innenleben und die Weltsicht einer Minderheit hineinversetzen könnten, „weil sie lebenslang ganz andere Erfahrungen gemacht haben und daher zwischen ihrer Gefühlswelt und jener der diversen Minderheiten unüberwindbare Mauern existieren“ (dies., 2021, 103). In der Identitätspolitik berufen sich die vermeintlichen „Opfergruppen“ auf ihre ganz spezifischen Gefühle und Gedanken und behaupten, dass Nicht-Dazugehörige hierzu keinen (innerlichen) Zugang haben könnten. Dadurch wird der Diskurs entmachtet. Argumentieren wird unmöglich (vgl. dies., 2021, 103). Mit der Identifizierung von „Opfergruppen“ über die Identitätspolitik findet in den Augen von S. Wagenknecht auf Um-

wegen eine „Privilegierung von Minderheiten“ statt (vgl. dies., 2021, 105). Und dadurch kann man einen Anspruch auf eine besondere Förderung erheben (vgl. dies., 2021, 107). Für S. Wagenknecht ist es eine Schamlosigkeit, „mit der sich Vertreter privilegierter Gruppen öffentlich zu Opfern stilisieren und daraus Ansprüche und Vorrechte ableiten“ (dies., 2021, 108). Diese Praxis der Absicherung privilegierter Gesellschaftsmitglieder durch die öffentliche Inszenierung als „diskriminierte Opfer“ führt zur Wut bei „echten Opfern“, einer Wut, die von den Agenten der Identitätspolitik gar nicht richtig verstanden wird (vgl. dies., 2021, 113). Mit der Identifizierung von diversen „Opfergruppen“ und einer „Heiligsprechung von Ungleichheit“ werden erhebliche Trennlinien in die Gesellschaft eingezogen, „die (in den Augen der sich selbst ernannten Opfergruppen R.M.) weder durch Verständigung noch durch Empathie überbrückt werden können“ (vgl. dies., 2021, 105f.). Im Rahmen einer Identitätspolitik ist es in den Augen von Sahra Wagenknecht „löblich“, dass Arme und Ausgegrenzte überhaupt als Opfer anerkannt werden. Aber gleichzeitig besteht in ihren Augen das Problem, dass die Armen von der Mehrheitsgesellschaft als isolierte und abgegrenzte Gruppe verstanden werden (vgl. dies., 2021, 126). Allerdings macht S. Wagenknecht eine zu scharfkantige Abgrenzung. Sie kritisiert, dass individuelle Eigenschaften wie Ethnie, Hautfarbe oder sexuelle Orientierung über eine Identitätspolitik zu besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen erhoben werden, aber sie sieht nicht, dass Hautfarbe und Ethnie zu „echten Opfergruppen“ führen können – siehe den Aspekt der Prostitution. Und es gibt gar nicht so wenige Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe in besonderer Weise Gewalt erfahren mussten – siehe diverse Anschläge auf Flüchtlingsheime. Das wägt S. Wagenknecht nicht ab.

Judith Sevinç Basad kritisiert einen Antirassismus-Diskurs, der Menschen qua Hautfarbe durchweg als Opfer sieht, weil wir in einer Welt aufgewachsen sind, der seit über dreihundert Jahren Rassismus tief in den Knochen steckt (vgl. dies., 2021, 31). J. S. Basad verweigert sich der Vorstellung der Identifizierung einer stabilen „Opfer-Gruppe“, weil sie nicht der Argumentation folgt, dass der Rassismus so tief, so lang und so massiv in unserer Geschichte, unserer Kultur und unserer Sprache verankert ist, so dass wir in unserer Weltsicht davon so sehr geprägt sein würden, dass wir gar nicht anders könnten, als

in unserer heutigen Welt rassistische Denkmuster zu entwickeln (vgl. dies., 2021, 31). Sie kann nicht dem Argument folgen, dass spezielle Verhaltensweisen als „Opfer-Sein“ zur Identität von Menschen mit anderer Hautfarbe gehören, ihnen quasi angeboren sind (vgl. dies., 2021, 34). Sie findet es unzulässig, wenn die „Opfer-Gruppe“ der Schwarzen, Dunkelhäutigen und der selbsternannten Randgruppen von sich sagt, dass ihre Opfer-Wirklichkeit durchweg „real“ ist und nahezu gar nicht „sozial konstruiert“ (vgl. dies., 2021, 34). Die Opfer des Rassismus verhalten sich in ihren Augen nicht korrekt, wenn sie anderen qua Hautfarbe die grundsätzliche Fähigkeit absprechen, Rassismus überhaupt erkennen zu können (vgl. dies., 2021, 35; s.a. 64f.). J. S. Basad kritisiert auch, wenn aufgrund des Intersektionalität-Ansatzes Menschen sich auf die Suche von Personen machen, „die ein *noch* größeres Opfer (sind R.M.) als man selbst“ (vgl. dies., 2021, 40; Herv. i. Orig.). Das Fatale an der Strategie ist, dass man dahin kommen kann nach Opfern von Diskriminierungen zu fahnden, wo sich Schmerz und Leid in besonderer Weise summieren könnten – wegen Sexismus, wegen Arbeiterkind-Sein, wegen Schwarz-Sein, wegen Behinderung und dann schließlich behauptet wird, weil die Person lesbisch ist, schwarz ist und ein Arbeiterkind ist, dass sie einen besonderen Schmerz erleben muss, um vieles mehr leiden muss und von daher ein „größeres Opfer“ sein müsste (vgl. dies., 2021, 40f.). Das Problem derartig konstruierter Opfer-Realitäten ist das, dass hier angenommen wird, dass „es in der Gesellschaft immer eine kulturell herrschende Gruppe gibt, die alle anderen unterdrückt“ (dies., 2021, 41f.). Diese Gruppe gilt es zu entmachten (vgl. dies., 2021, 21), weil sie eine „koloniale Matrix“ aufrecht erhält, ein „unsichtbares System“ stabilisiert und „strukturelle Benachteiligung“ sichert (vgl. dies., 2021, 42). Das Problem dieser Zuschreibungen und der Konstruktion der Sozialen Realität ist in den Augen der Autorin, dass man mit der nun gefundenen „Opferposition“ nun in der Politik die Chance hat Macht auszuüben (vgl. dies., 2021, 51). Die Autorin verweigert sich dem leichtfertigen Identifizieren einer „Opfer-Gruppe“. „Vielmehr gibt es eine Fülle von Einzelpersonen mit unterschiedlichen Persönlichkeiten, Werdegängen, Herkunftsgeschichten und persönlichen Erfahrungen. Selbständige Charaktere, denen man keinen Stempel aufdrücken sollte“ (dies., 2021, 48). „Nicht jede Frau fühlt sich von einem Mann unterdrückt, nicht jeder Einwanderer hat